

Parlamentarischer Vorstoss. Antwort des Regierungsrates

Vorstoss-Nr.: 161-2015
 Vorstossart: Motion
 Richtlinienmotion:
 Geschäftsnummer: 2015.RRGR.577

Eingereicht am: 01.06.2015

Fraktionsvorstoss: Nein
 Kommissionsvorstoss: Nein
 Eingereicht von: Zryd (Magglingen, SP) (Sprecher/in)

Weitere Unterschriften: 0

Dringlichkeit verlangt: Ja
 Dringlichkeit gewährt: Nein 04.06.2015

RRB-Nr.: 1439/2015 vom 2. Dezember 2015
 Direktion: Finanzdirektion
 Klassifizierung: Nicht klassifiziert
 Antrag Regierungsrat: **Annahme als Postulat**



Stopp dem Volkssport "Steuerhinterziehung"

Der Regierungsrat wird aufgefordert, zusätzliche Massnahmen zu ergreifen, um den Umfang der Steuerhinterziehung zu reduzieren.

Begründung:

Kürzlich bekundete der Zürcher FDP-Nationalrat und Banker Portmann, dass das Ausmass der Steuerhinterziehung in der Schweiz weit grösser als gedacht sei. Mit dieser Aussage bekräftigte er die langjährigen Bedenken der SP. Im Jahr 2007 war der Regierungsrat der Meinung, dass auf Grund der umfangreichen und vielfältigen Informationen, die der Steuerverwaltung im Veranlagungsprozess zur Verfügung standen, das Potenzial zur Verheimlichung steuerbarer Einkommen und Vermögen auf ein vertretbares Mass beschränkt war. Mit dem heutigen Wissensstand kann der Regierungsrat kaum an seinen Standpunkten aus dem Jahr 2007 festhalten.

Begründung der Dringlichkeit: Die Thematik der Steuerhinterziehung ist hochaktuell und brisant. Nach den grossen Sparpaketen kann es sich der Kanton Bern nicht leisten, auf Steuereinnahmen zu verzichten.

Antwort des Regierungsrates

Die Motionärin nimmt Bezug auf Aussagen von Nationalrat Hans-Peter Portmann, wonach er heute anerkennen müsse, dass Steuerhinterziehung auch in der Schweiz verbreitet sei. Seine Aussagen stehen im Zusammenhang mit dem automatischen Informationsaustausch (AIA) und seiner Idee zur vorgängigen Einführung einer grosszügigen Steueramnestie. Eine solche soll Schweizern erlauben, Konti offenzulegen und allenfalls ins Inland zu transferieren, ohne dass der Staat sie straft und die gesparten Steuern mit Zinsen nachträglich vollständig eintreibt. Zusätzliche Steuerinspektoren lehnt Nationalrat Portmann hingegen ab.¹

Der Grosse Rat hat sich zuletzt am 18. März 2013 mit dem Thema befasst, wo er entsprechend dem Antrag des Regierungsrates die Ziffern 2 und 3 der [Motion 191-2012](#), SP-JUSO-PSA „Schluss mit Steuerbeschluss - Schluss mit Diebstahl am Volk“² mit 78 zu 65 Stimmen (bei null Enthaltungen) als Postulat überwiesen hat. Die als Postulat überwiesenen Ziffern lauten wie folgt:

1. Im Interesse aller ehrlichen Personen und Firmen schlägt der Regierungsrat dem Grossen Rat ein Massnahmenpaket zur verstärkten Bekämpfung der Steuerhinterziehung vor.
2. Das Massnahmenpaket zur Bekämpfung der Steuerhinterziehung beinhaltet unter anderem eine verstärkte Steuerinspektion sowie Massnahmen für eine höhere Transparenz bei Einkommen und Vermögen.

Die Prüfung der beiden Anliegen steht noch aus. Die vorliegende Motion nimmt diese Anliegen auf und fordert ebenfalls zusätzliche Massnahmen, um den Umfang der Steuerhinterziehung zu reduzieren. Der Regierungsrat beantragt deshalb **Annahme der Motion als Postulat**.

Der Regierungsrat wird bei der Behandlung der Anliegen die aktuellen Entwicklungen auf internationaler Ebene mitberücksichtigen. Mit der anstehenden Einführung des AIA wird ein neues Instrument eingeführt, das zur Aufdeckung nicht versteuerter Einkünfte und Vermögenswerte beitragen wird. Der Regierungsrat geht davon aus, dass wegen der anstehenden Einführung des AIA in naher Zukunft mit einer deutlichen Zunahme von (straflosen) Selbstanzeigen zu rechnen ist.

Wer sich im Rahmen der (einmal im Leben möglichen) straflosen Selbstanzeige selber anzeigt, muss alle bisher nicht deklarierten Einkommens- und Vermögensbestandteile offen legen und vorbehaltlos mit der Steuerverwaltung kooperieren. Diese Einkommen und Vermögen werden bei der straflosen Selbstanzeige rückwirkend besteuert (maximal 10 Jahre) und zusätzlich werden darauf Verzugszinsen erhoben, dagegen wird auf eine Busse bzw. Strafverfolgung verzichtet. Der Regierungsrat ist der Auffassung, dass mit der einmaligen straflosen Selbstanzeige ein wirkungsvolles Instrument zur Legalisierung nicht deklarierten Vermögen gefunden wurde. Ob und in welcher Form eine Verstärkung der Kontrollmechanismen sinnvoll erscheint, wird noch zu prüfen sein.

Verteiler

- Grosser Rat

¹ So in der Berner Zeitung vom 11.05.2015: „Steuerhinterziehung: FDP-Banker gibt SP recht“:

<http://www.bernerzeitung.ch/schweiz/standard/Steuerhinterziehung-FDPBanker-gibt-SP-recht/story/23526294>

² <http://www.gr.be.ch/gr/de/index/geschaefte/geschaefte/suche/geschaefte.gid-2f31f176ef9245d69a4c693d0489b6ec.html>